

Stadt Haan
Niederschrift über die
**10. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschusses der
Stadt Haan**
am Donnerstag, dem 15.09.2011 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:44

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

AM Heinz Bogatzki
AM Ursula Borgmann
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze

Vertretung für Stv. Dr. Karl-August Niepenberg

Stv. Udo Greeff
AM Jens Mühlmeister

SPD-Fraktion

AM Michael Heinze
AM Alfred Leske
Stv. Michael Petersen
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Jörg Dürr

FDP-Fraktion

AM David Hinz
AM Wolfgang Koziol
Stv. Klaus Straßburg

Vertretung für Stv. Patrick Sobbe

GAL-Fraktion

Stv. Jörg-Uwe Pieper

Vertretung für Stv. Petra Lerch

UWG-Fraktion

AM Elisabeth Cordts
Stv. Gerhard Herder

bis TOP 7
ab TOP 8

Die Linke

AM Peter Schniewind

Vertretung für AM Klaus Walter

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Verwaltung

Herr Guido Mering

Frau Marion Plaehn

Herr Michael Rennert

Herr Carsten Schlipköter

Herr Olaf Tödte

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Friedhelm Reisewitz

Vertreter der Polizei

Herr Werner Bürgel

Der Vorsitzende Jens Lemke eröffnet um 17:00 Uhr die 10. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

./ Belange des Feuerschutzes

1./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Straßburg schildert eine Beobachtung an der Nordstraße, wonach die Ampel an der Feuerwachen-Ausfahrt für den Verkehr lange auf Rot geschaltet war, ohne dass ein Feuerwehr-Fahrzeug die Ausfahrt verlassen hätte. Er fragt, ob es sich um einen Defekt gehandelt habe oder damit öfter zu rechnen sei. Weiterhin möchte er wissen, wie diese Schaltung gesteuert werde.

BAR Schlipköter führt aus, dass Feuerwehr- und Fußgängerampel kombiniert geschaltet seien. Das Rotlicht werde manuell über einen Schalter in der Fahrzeughalle angefordert. Der beobachtete Defekt sei ihm unbekannt, bei erneutem Auftreten bitte er um umgehende Info.

2./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

./ Bauangelegenheiten

3./ Berichte zum Stand verschiedener Bauprojekte des Gebäudemanagements (GM) Vorlage: 65/041/2011

Protokoll:

Stv. Greeff äußert Freude über die Fertigstellung der Stadtbücherei. Insbesondere die Einigung mit der Eigentümergesellschaft habe der CDU-Fraktion einige Sorgen

bereitet. Für die GS Mittelhaan sehe man sich nun in der Wahl eines PPP bestätigt: Der Kostenrahmen wurde eingehalten und der Auftragnehmer habe gründlich und pünktlich gearbeitet. Die langen Vorarbeiten zur Erneuerung der Feuerwache hätten endlich zum erfolgreichen Abschluss geführt.

Stv. Pohler dankt der Verwaltung für die ausführliche und informative Vorlage. Er möchte wissen, ob in der Turnhalle Gruiton die hochliegenden Fenster nur als Lichtzeile gedacht seien, da ein Gestänge zur Öffnung nicht vorhanden sei.

TA Tödte erklärt, das Gestänge für die Fenster werde noch angebracht.

AM Bogatzki fragt, ob die Restmängel an der GS Mittelhaan in der Zwischenzeit beseitigt worden seien.

AM Tödte erläutert, das PPP stecke dem Auftragnehmer einen sehr engen Zeitrahmen zur Erledigung bis zum Abnahmetermin. Dieser stelle das letzte Druckmittel des Auftraggebers dar. Die vorliegend gerügten Mängel wie Malerarbeiten, fehlende Fußleisten seien nicht abnahmerelevant und daher noch in Arbeit.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Bericht zum Stand der Bauprojekte des Gebäudemanagements wird zur Kenntnis genommen.

4./ Bericht über Bauprojekte des Tiefbauamtes hier: Grabenlose Kanalsanierung; Projekt Bahnhofstraße Vorlage: 66/018/2011

Protokoll:

Stv. Greeff lobt die Verwaltung für das neue Verfahren zur grabenlosen Kanalsanierung. Es belaste den Verkehr nur unwesentlich, dauere nicht lange und verursache nur geringe Staub- und Lärmimmissionen.

Stv. Bogatzki fragt, ob es bei den Privatkanalanschlüssen nicht besser sei, den öffentlichen und privaten Teil gleichzeitig zu sanieren.

TA Mering bestätigt das. Bei der Kanalsanierungsmaßnahme „Bahnhofstraße“ habe die Verwaltung daher auch erstmals ein Ingenieurbüro beauftragt, um die privaten Grundstückseigentümer „mitzunehmen“. Alle Anschlussnehmer wurden von der Verwaltung angeschrieben und zu einer allgemeinen Informationsveranstaltung eingeladen. Anschließend konnten sich die Freiwilligen bei dem Ingenieurbüro melden, wel-

che vor Ort eine erste individuelle Beratung haben wollten. Die weitaus überwiegende Zahl der Anwohner hat sich bereits bei dem Ingenieurbüro gemeldet. Die Bahnhofstraße gelte in dieser Hinsicht als Pilotprojekt. Nach deren Fertigstellung werde die Verwaltung berichten, ob dies auch in Zukunft so gehandhabt werde.

Stv. Pohler moniert den Wassereinlauf in einige Keller während des Starkregenereignisses und möchte wissen, ob dies nicht zu verhindern gewesen sei.

TA Mering erläutert, derartige Sanierungen würden von der Verwaltung in die an sich regenarme Zeit gelegt. Im Fall der Bahnhofstraße musste die Sanierung jedoch zwingend in den Schulferien geschehen, um die Belastung für den Straßenverkehr möglichst gering zu halten. Wie in der Vorlage ausführlich beschrieben, habe eine Verkettung von unglücklichen Ereignissen zu den Überflutungen geführt. Zunächst sei das für die Aushärtung des Liners erforderliche Stromaggregat ausgefallen, und ein Ersatz konnte nicht sofort beschafft werden. Durch diese Verzögerung verlängerte sich die Bauzeit um einen Tag. Genau in diese Zeit fiel das außergewöhnlich heftige Regenereignis. Trotz des Einsatzes mehrerer Pumpen konnten die Wassermengen nicht bewältigt werden, so dass es zum Rückstau im öffentlichen Kanal kam. Wegen der fehlenden Rückstausicherungen bei den privaten Grundstückentwässerungsanlagen seien dann auch die Keller eingestaut worden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Bauprojekt des Tiefbauamtes zur Kenntnis.

./ Verkehrsangelegenheiten

5./ Parkgebühren
Vorlage: 32-2/008/2011

Protokoll:

Es besteht Einvernehmen, dass keine Änderung erfolgen und die Brötchentaste erhalten bleiben solle.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Eine Erhöhung von Parkgebühren bzw. die Abschaffung der „Brötchentaste“ wird nicht gewünscht.“

- 6./ Antrag der FDP-Fraktion vom 02.03.2011: Kosten für die Beseitigung von Straßenschäden**
hier: Bericht über das im Heft des ADAC aufgeführte Sanierungsverfahren der Fa. Storimpex Asphaltec und den Einsatz von Spezialasphalt mit Kunststoffzusätzen
Vorlage: 66/019/2011
-

Protokoll:

AM Koziol dankt der Verwaltung für die ausführliche Vorlage und legt dar, das Ziel der FDP-Fraktion sei eine Kosten sparende und die Umwelt schützende Methode der Straßenerneuerung zu finden. Der Vorlage entnehme man, dass die Technik noch nicht ausgereift genug und nicht zu empfehlen sei. Dennoch solle man diese Möglichkeit nicht aus den Augen verlieren und den Straßenbau vor diesem Hintergrund weiter beobachten.

AM Heinze warnt ebenfalls vor diesem Asphalt-Ersatz, der durch veraltetes Bitumen ein Risiko bereit halte.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung zu den Sanierungsverfahren wird zur Kenntnis genommen.

- 7./ Antrag der FDP-Fraktion vom 18.01.2011: Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes für die Landstraße**
hier: Bericht über die geführten Gespräche mit den ansässigen Unternehmen an der Landstraße
Vorlage: 66/020/2011
-

Protokoll:

Stv. Straßburg erklärt, der Antrag habe sich erledigt, da die Querungshilfe beschlossene Sache sei und könne nun ruhen. Dennoch gebühre der Verwaltung Dank für

eine informative Vorlage.

TA Mering berichtet, die Aufträge für die Querungshilfe auf der Landstr. seien erteilt, die Pflasterarbeiten begannen in der kommenden Woche. Wenig später erfolge die Lieferung der Einzelemente und deren Installation. Der Firma Ostermann wurde ein Konzept über die Zufahrts- / Ausfahrtsregelung übergeben, welches dort derzeit geprüft werde.

AM Schniewind möchte wissen, ob es vorfahrtsregelnde Verkehrszeichen außer des Zeichens 306 gebe, die die Ausweisung von Tempo 30 erlaubten.

TA Mering betont, dass in Gewerbegebieten die Beschränkung auf Tempo 30 nicht erlaubt sei.

AM Schniewind erachtet die Einmündung Landstr. / Kampheider Str. als prädestiniert für die Einrichtung eines Kreisverkehrs.

TA Mering streicht heraus, der Umbau der Einmündung zu einem Kreisverkehr sei nicht angebracht, da es sich nicht um einen Unfallhäufungspunkt handele.

AM Heinze zeigt sich erfreut über die pragmatische Vorgehensweise der Verwaltung in Sachen Sicherheitskonzept Landstraße, die das Einschalten eines Ingenieurbüros überflüssig mache. Die vorgeschlagene Ein- / Ausfahrtsregelung für Ostermann entspreche der Düsseldorfer Lösung für das IKEA-Möbelhaus und sei zu begrüßen.

Stv. Pieper erhebt Bedenken gegen die Ostermann-Ausfahrt auf die Kampheider Str., vor der Landstr. werde es vor allem in den Stoßzeiten zu Staus kommen.

TA Mering erwidert, der weit überwiegende Teil des Ostermannverkehrs führe in Richtung zur Autobahn ab. Gleichwohl könne ein Rückstau infolge der Linksabbieger auf der Kampheider vor der Einmündung in die Landstraße nicht ausgeschlossen werden.

Stv. Straßburg sieht eine Überlastung der Kampheider Str., die 3 Arten von Verkehr abzuleiten habe: den Ostermann-Parkplatz-Verkehr, Anwohnerverkehr aus dem Bereich Sonnenschein/Widerschein/Kneteisen und den Solinger Verkehr zur A 46. Weiterhin berichtet er, dass der Ostermann-Ausfahrtsverkehr dazu neige, weit auf den Bürgersteig / Radweg auszufahren, was zu Gefährdungen für Fußgänger und Radfahrer führe.

Herr Bürgel wirft ein, dass sich in der Vergangenheit an der genannten Einmündung wiederholt Unfälle, wenn auch größtenteils Bagatellfälle, ereignet hätten, und das Ostermann-Parkplatz-Konzept wie auch die Einrichtung eines Kreisverkehrs bedenkenswert seien.

Stv. Greeff meint, das vielfach monierte langsame Fahren der LKW auf der Landstr. resultiere aus der Suche nach den Einfahrten zu den Firmen. Darüber hinaus warne er vor einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Kampheider Str. / Landstr. Noch mehr Solinger Verkehr in Richtung A 46 werde damit angelockt. Auch ein Linksabbiegeverbot für den Solinger Verkehr in die Kampstr. dürfe kein Denkver-

bot sein.

AM Koziol kann dem Nothaushalt somit auch etwas Gutes abgewinnen: Die Verwaltung habe Kontakt zu den ansässigen Firmen aufgenommen und nach gemeinsamen Lösungen gesucht.

AM Schniewind sieht im Verlauf der Diskussion ein Argument für die Einrichtung eines Kreisverkehrs an besagter Stelle. Generell bitte er die Verwaltung, verkehrliche Verbesserungen vor dem Eintritt eines Unfallereignisses vorzunehmen.

Stv. Stracke berichtet, die Einfädelungsspur auf der Landstr., die dazu diene, den Linksabbieger-Verkehr aus der Kampheider Str. flüssiger aufzunehmen, werde von den Autofahrern nicht genutzt bzw. verstanden.

AM Schniewind ist der Ansicht, durch eine Änderung der Grünphase für die Linksabbieger an der Kreuzung Landstraße/Autobahn/L 357, könne der Rückstau auf der Landstraße und damit der Verkehr Richtung Autobahn entzerrt werden. Infolge der derzeitigen kurzen Grünphase blockierten die Linksabbieger auch die Fahrspur der Geradeausfahrer.

AM Heinze mahnt ein umsichtiges Vorgehen bei der Umgestaltung großer Knotenpunkte an und sieht die minimale Leistungssteigerung eines Einmündungsbereiches durch einen Kreisverkehr nicht als gerechtfertigt an, wenn dazu ein unverhältnismäßiger Flächenverbrauch erfolgen müsse.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

„Die Anregungen der ortsansässigen Unternehmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf der Landstraße werden zur Kenntnis genommen. Nach Prüfung der Vorschläge ergeben sich keine umsetzbaren Maßnahmen, die im Rahmen der Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes für die Landstraße aufgenommen werden können.“

8./ Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2011
hier: Auswertung des AK ÖPNV
Vorlage: 61/068/2011

Protokoll:

Stv. Pohler erläutert die Anträge der SPD-Fraktion. Eine Taktverdichtung beim SB 50 in der Zeit von 17 bis 19 Uhr ab Januar 2012 helfe, mehr Auto fahrende Pendler zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen. Zudem seien in Buslinien, die über die Autobahn führen, aus Sicherheitsgründen keine Stehplätze vorgesehen. Durch die

chronische Überfüllung in der Zeit zwischen 17 und 19 Uhr, bleibe für viele Fahrgäste nur der Stehplatz übrig. Die Änderung sei unbedingt zum nächsten Fahrplanwechsel im Januar 2012 einzuarbeiten. Die Argumentation der Verwaltung sei nicht schlüssig.

Stv. Greeff erklärt für die CDU-Fraktion, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung aus finanziellen Gründen zu folgen, auch wenn man nicht verkenne, dass eine Taktverdichtung in dieser Zeit grundsätzlich sinnvoll sei.

AM Schniewind glaubt, die Kosten müssten nach der Zusammenlegung der Linien O1 und 792 wieder gesunken sein.

Stv. Greeff bekräftigt, vor einer solchen Entscheidung solle zunächst der Nahverkehrsplan umgesetzt werden.

AM Hinz wirft ein, es sei verabredet gewesen, den Arbeitskreis ÖPNV hierzu beraten zu lassen. Das solle dieser auch tun dürfen.

AM Heinze moniert die schleppende Arbeit der Verwaltung an dieser Stelle. Die Taktverdichtung zur morgendlichen Hauptverkehrszeit habe sich jedenfalls bewährt.

AM Schniewind verweist auf einen breiten Konsens innerhalb der Bevölkerung, dass die Taktverdichtung kommen müsse. Der Arbeitskreis ÖPNV habe unter anderem deshalb noch keine weitere Gelegenheit gehabt, sich dieses Themas anzunehmen, weil er durch die Verwaltung stiefmütterlich behandelt werde.

Stv. Pohler ergänzt, es hätte nur eines Telefonats bedurft, um die Kosten heute darzulegen. Es sei ein falsches Signal in Richtung der Bevölkerung heute keinen Beschluss zu fassen.

Stv. Straßburg schlägt eine Beschlussfassung zur Sitzung des HFA unter der Voraussetzung vor, dass die Verwaltung konkrete Zahlen zu den Kosten vorzulegen.

Stv. Stracke weist darauf hin, dass die Taktverdichtung nicht mehr für den nächsten Fahrplanwechsel berücksichtigt werden könne, wenn heute kein Beschluss erfolge.

Stv. Pohler bezieht sich auf Anlage 6 der Vorlage, aus der abzulesen sei, dass die Verteuerung im ÖPNV ihre Ursache in der veränderten S-Bahn-Taktung und der Trennung der Linien O1 und 792 hatte. Er beantrage, die Entscheidung auf der Grundlage belastbarer Zahlen in der kommenden Sitzung des HFA zu treffen und der Rheinbahn im voraus zu signalisieren, dass eine Taktverdichtung beim SB 50 von Haan beantragt werden könnte.

Dieser Antrag wird mit 8 Ja- und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird angenommen.

Stv. Pohler erläutert die vorgeschlagenen Verbesserungen im Detail.

Stv. Greeff weist auf eine fehlende Stellungnahme des Arbeitskreises ÖPNV hin. Da

dort eine detailliertere Befassung mit der Thematik möglich sei, beantrage er die Vertagung in den Arbeitskreis ÖPNV.

AM Schniewind hält eine monatliche Einberufung des Arbeitskreises ÖPNV für zielführender. Die Tagesordnungen sollten nicht starr von der Verwaltung vorgegeben werden. Die Angliederung des ÖPNV an den Technologiepark sollte nicht aus den Augen verloren werden.

Da dem CDU-Antrag als weitergehendem zugestimmt wird, kommt es nicht mehr zu einer Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1: 10 Ja- und 8 Nein-Stimmen

Ziffer 2: 10 Ja- und 8 Nein-Stimmen

Beschluss:

- „1. Der Antrag gemäß Schreiben A der SPD-Fraktion vom 31.08.2011 (Anlage zu dieser Sitzungsvorlage) wird abgelehnt und ist nach Prüfung der finanziellen Auswirkung und Machbarkeit erneut vorzulegen.
2. Die beantragten Maßnahmen gemäß Schreiben B der SPD-Fraktion vom 31.08.2011 (Anlage zu dieser Sitzungsvorlage) werden zum Zwecke einer detaillierteren Prüfung an den Arbeitskreis ÖPNV verwiesen.“

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Stracke erkundigt sich nach derzeit laufenden Kanalreinigungen im Stadtgebiet.

TA Mering führt aus, eine regelmäßige Reinigung der Abwasserkanäle sei gesetzlich vorgeschrieben. Diese würden anlassbezogen angefahren, es gelte der Grundsatz: Schmutzwasser- vor Regenwasserkanal. Insgesamt würden jedes Jahr ca. 60 km Kanal im Stadtgebiet gereinigt.

AM Schniewind berichtet über Blumenkübel auf dem Radweg der Königgrätzer Str. und fragt, aus welchem Grund die Verwaltung diese aufgestellt habe.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zur Kirmeszeit wird die Königgrätzer Str. zwischen Kirchstr. und Turnstr. als Einbahnstraße ausgewiesen. Um die Rad fahrenden Schüler nicht in den Gegenverkehr der Kirchstr. zu leiten, werden die Kübel regelmäßig aufgestellt.

10./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.